

1
2 **Antragsteller: Thore Schönfeldt**

3
4
5 Kinder- und Jugendbeteiligung in Bund, Ländern und Kommunen fördern

6
7
8 Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Ministerium für Soziales,
9 Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

10
11
12 **Antrag:**

13 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

14 Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert,
15 sich für eine ständige, gewählte und angemessene Kinder- und Jugendvertretung in
16 den Kommunen, den Ländern und im Bund einzusetzen. Außerdem wird die Landes-
17 regierung aufgefordert, Kinder und Jugendliche vermehrt über bereits bestehende
18 Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren.

19
20 **Begründung:**

21 Die Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein (§ 47 f) und die UN-
22 Kinderrechtskonvention (Artikel 12), die auch in Deutschland ratifiziert worden ist,
23 schreiben vor, Kinder und Jugendliche bei sie betreffenden Belangen zu beteiligen.
24 Jedoch geschieht dies de facto kaum. Vielmehr wird häufig über Kinder und Jugend-
25 liche geredet – anstatt mit ihnen. Deswegen ist es wichtig, Kinder und Jugendliche
26 über bereits bestehende Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten aufzuklären.
27 Die Anliegen, die Kinder und Jugendliche sowohl direkt als auch indirekt betreffen,
28 sind vielfältig: Bildungspolitik, Verkehrsplanung, Klimapolitik, Schulden etc. Schließ-
29 lich werden die Kinder und Jugendlichen von heute eines Tages die Schulden zu-
30 rückzahlen und die Folgen des Klimawandels bekämpfen müssen. Momentan haben
31 die wenigsten Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Positionen gegenüber
32 den Entscheidungsträgern angemessen zu äußern. Vielmehr ist es so, dass man ab
33 dem 14. Lebensjahr in Deutschland strafmündig ist, jedoch erst ab 16 bei Kommunal-
34 oder Landtagswahlen seine Stimme abgeben darf – bei den Bundestagswahlen so-
35 gar erst ab 18. Auch deswegen erscheint es sinnvoll, eine feste und wählbare Ju-
36 gendvertretung auf allen Ebenen einzurichten, damit die Interessen von Kindern und
37 Jugendlichen angemessen verfolgt werden können und damit auch Kinder und Ju-
38 gendliche in den demokratischen Prozess eingebunden werden können.